

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
1. Teil. Begründung von Wohnungseigentum – Begründungsformen und ihre Probleme –	1
2. Teil. Gemeinschaftseigentum – Sondereigentum – Sondernutzungsrechte – Grundsätzliches und Abgrenzungsprobleme –	27
3. Teil. Die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer – Der Verband –	59
4. Teil. Veräußerungsbeschränkungen	81
5. Teil. Rechte und Pflichten der Wohnungseigentümer	97
6. Teil. Die anteilige Lasten- und Kostentragung	231
7. Teil. Die Beschlusskompetenz der Wohnungseigentümer	285
8. Teil. Die Wohnungseigentümerversammlung	323
9. Teil. Der Verwalter und der Verwaltungsbeirat	383
10. Teil. Das Prozessrecht	477
Sachverzeichnis	519

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Teil.	
Begründung von Wohnungseigentum	
– Begründungsformen und ihre Probleme –	
A. Vorbemerkungen	1
B. Begründung durch vertragliche Einräumung, § 3	2
C. Begründung durch Teilung, § 8	15
D. Probleme des so genannten Mitsondereigentums (Nachbareigentum)	22
E. Sonderfragen – Dienstbarkeiten, Grenzüberbau, Aufhebung, Dereliktion –	23
I. Dienstbarkeiten	23
II. Grenzüberbau	25
III. Aufhebung	26
IV. Dereliktion	26
2. Teil.	
Gemeinschaftseigentum – Sondereigentum – Sondernutzungsrechte	
– Grundsätzliches und Abgrenzungsprobleme –	
A. Begriffe	27
B. Maßgeblichkeit des Gemeinschaftseigentums	29
C. Einzelfragen zum Gemeinschaftseigentum	30
D. Einzelfragen zum Sondereigentum	40
E. Durchführung der Umwandlung von Sondereigentum in Gemeinschaftseigentum und von Gemeinschaftseigentum in Sondereigentum	42
F. Entstehung, Übertragung und Abänderung von Sondernutzungsrechten – Formen und Pro- bleme des Sondernutzungsrechts in der Praxis –	44
3. Teil.	
Die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer	
– Der Verband –	
A. Vorbemerkung	59
I. Ein Überblick der gesetzlichen Regelungen	59
1. § 10 Abs. 6 S. 1	59
2. § 10 Abs. 6 S. 2 u. 5, Abs. 7	60
3. § 10 Abs. 6 S. 3 HS 1	60
4. § 10 Abs. 6 S. 3 HS 2	60
5. § 10 Abs. 7 S. 3	60

	Seite
6. § 27 Abs. 3 S. 1 Nr. 3	60
7. § 27 Abs. 3 S. 1 Nr. 4	61
II. Der Verband und die Gesamtheit der Wohnungseigentümer	61
 B. Der Bereich der Rechtsfähigkeit des Verbands im Einzelnen	62
I. Eigene Rechte und Pflichten des Verbands	62
1. Schuldrechtliche Ansprüche kraft Gesetzes	62
2. Ansprüche aus Verwaltungsrechtsgeschäften	62
3. Dingliche Rechte	62
a) Erwerb von Immobilien	62
b) Der Verband als Wohnungseigentümer in „seiner“ Wohnanlage	63
c) Erwerb grundstücksgleicher Rechte durch den Verband	64
4. Pflichten des Verbands	64
II. Ausübungsbefugnis des Verbands für gemeinschaftsbezogene Rechte, Wahrnehmungsbefugnis für gemeinschaftsbezogene Pflichten sowie für sonstige Rechte und Pflichten	64
1. Ausübungsbefugnis für geborene gemeinschaftsbezogene Rechte im Einzelnen	64
a) Gemeinschaftlicher Schadenersatzanspruch wegen Beeinträchtigung des Gemeinschaftseigentums gegen Miteigentümer und Dritte	65
b) Gemeinschaftlicher Schadenersatzanspruch gegen den Verwalter wegen Pflichtverletzung	65
c) Vermietung von Gemeinschaftseigentum	65
d) Mängelansprüche nach Sanierungsmaßnahme	65
e) Entziehungsrecht gem. §§ 18 Abs. 1 S. 2, 19 Abs. 1 S. 2	66
f) Betretungsrecht gem. § 14 Nr. 4	66
2. Wahrnehmungsbefugnis für geborene gemeinschaftsbezogene Pflichten	66
a) Pflichten des einzelnen Wohnungseigentümers	66
b) Pflichten sämtlicher Wohnungseigentümer	66
c) Die geborene Wahrnehmungspflicht	67
3. Ausübungsbefugnis des Verbands für gekorene – vergemeinschaftete – sonstige Rechte im Einzelnen	68
a) Gemeinschaftliche Geltendmachung nach Beschluss	68
b) Beispiele für Individualansprüche der Wohnungseigentümer	69
4. Wahrnehmungsbefugnis des Verbands für – gekorene – sonstige Pflichten	69
III. Sonderfall: Ansprüche gegen den Bauträger wegen Mängeln des Gemeinschaftseigentums	70
1. Der einzelne Erwerber als Rechtsträger und seine gesetzliche Ausübungsbefugnis bei primären Mängelansprüchen	70
a) Individuelle Geltendmachung des Bauerrichtungsanspruchs und der primären Mängelansprüche durch den einzelnen Erwerber	70
b) Ausschließlich individuelle Geltendmachung von großem Schadenersatz und der Rücktrittsrechte durch den Erwerber	70
2. Die Ausübungsbefugnis für sekundäre Mängelansprüche	70
3. Die Ausübungsbefugnis primärer Mängelansprüche durch den Verband	71
a) Gemeinschaftliche Geltendmachung dieser Ansprüche durch den Verband	71
b) Ermächtigung des Verbands zur Geltendmachung dieser Ansprüche wegen Mängeln des Sondereigentums	71
 C. Beginn des Verbands, Haftungssystem, Verwaltungsvermögen	72
I. Beginn des Verbands	72
1. Begründung nach § 3	72
2. Begründung nach § 8	72
a) Beginn der Vollgemeinschaft	72
b) Rechtsfähigkeit der werdenden Gemeinschaft?	72
c) Gründe gegen die Rechtsfähigkeit der werdenden Gemeinschaft	73
II. Das neue Haftungssystem	74
1. Die anteilige Haftung der Wohnungseigentümer für Verbindlichkeiten des Verbands	74

	Seite
a) Die Maßgeblichkeit der Größe der Miteigentumsanteile	74
b) Die Nachhaftung des ausgeschiedenen Wohnungseigentümers bei Dauerschuldverhältnissen	74
c) So genannte unechte Rückwirkung	75
2. Die Gesamtschuldnerrschaft der Wohnungseigentümer trotz § 10 Abs. 8?	75
a) Die Bedeutung landesgesetzlicher Vorschriften für kommunalrechtliche Abgaben etc.	75
b) Die Maßgeblichkeit der Vertragspartnerstellung	75
3. Die Wechselwirkung Innen- und Außenverhältnis	76
a) Die neuen Rechtslagen im Außenverhältnis	76
b) Die Pflichten der Wohnungseigentümer gegenüber dem Verband zur finanziellen Ausstattung	77
4. Das Verwaltungsvermögen	77
a) Die Verbandszugehörigkeit	77
b) Die Bestandteile des Verwaltungsvermögens	78
aa) Sämtliche Finanzierungsmittel	78
bb) Alle Ansprüche und Rechte des Verbands, insbesondere Beitragsansprüche ..	78
cc) Weitere Rechte und Pflichten im Rahmen geborener Ausübungs- bzw. Wahrnehmungsbefugnis	78
dd) Der Verband als Rechtsträger weiterer Vermögenswerte	78
4. Teil.	
Veräußerungsbefreiungen	
A. Vorbemerkungen	81
B. Veräußerungsfälle	82
C. Die Zustimmungsbefugten	85
I. Der Verwalter als Zustimmungsbefugter	85
II. Zustimmungsbefugnis für einen Grundpfandgläubiger?	89
III. Zustimmungsversagungsgründe	90
1. Der insolvente Erwerber	92
2. Die beabsichtigte gewerbliche Nutzung von Wohnraum	92
3. Die so genannte anstößige Nutzung	93
4. Versagung aus sozialen, ethischen, persönlichen oder charakterlichen Gründen	94
IV. Schlussbemerkungen	95
5. Teil.	
Rechte und Pflichten der Wohnungseigentümer	
A. Grundsätze und Überblick	97
I. Grundsätze	97
II. Überblick	98
B. Gebrauch und Nutzung von Sondereigentum und Gemeinschaftseigentum	99
I. Der Bestimmungszweck und Schranken der Nutzung	99
II. Gebrauchsrechte und ihre Schranken	113
1. Gesetzliche Lage	113
2. Rechte und Pflichten der Wohnungseigentümer auf der Grundlage von Gebrauchsregelungen – Zustandekommen, Inhalte und ihre Änderung/Aufhebung –	132
a) Abgrenzung Gebrauchsregelung – bauliche Veränderung –	132
b) Inhalte von Gebrauchsregelungen	136

	Seite
c) Gebrauchsregelung durch Mehrheitsbeschluss (§ 15 Abs. 2)	138
aa) Einer Mehrheitsentscheidung zugängliche Gebrauchsregelungen	139
bb) Einer Mehrheitsentscheidung nicht zugängliche Gebrauchsregelungen	146
cc) Mehrheitsentscheidungen in Mehrhauswohnanlagen	148
dd) Abänderung (Aufhebung) von durch Mehrheitsbeschluss begründeten Ge- brauchsregelungen	149
d) Gebrauchsregelung durch Vereinbarung (§ 15 Abs. 1)	152
aa) Das Zustandekommen einer Vereinbarung	153
bb) Die Abänderung (Aufhebung) der Vereinbarung durch Vereinbarung	158
cc) Die Abänderungsmöglichkeit durch (qualifizierten) Mehrheitsbeschluss	159
e) Gebrauchsregelung durch richterliche Entscheidung (§ 15 Abs. 3)	160
aa) Aufhebung (Ergänzung) einer Vereinbarung durch richterliche Entschei- dung	160
bb) Aufhebung (Ergänzung) eines Mehrheitsbeschlusses durch richterliche Ent- scheidung	162
cc) Anspruch auf richterliche Anordnung von Maßnahmen bei Fehlen einer Vereinbarung oder eines Mehrheitsbeschlusses	163
dd) Eintragungsfähigkeit richterlicher Entscheidungen	164
3. Die Hausordnung als Gebrauchsregelung gem. § 15 Abs. 2 – Entstehungsmög- lichkeiten, Inhalte, Überwachung –	165
a) Allgemeine Vorbemerkungen	165
b) Entstehungsmöglichkeiten	165
c) Übersicht über die wichtigsten Regelungsinhalte	167
d) Rechtsprechungs- und Literaturübersicht zu Regelungsinhalten und ihren Grenzen	168
e) Das Überwachen der Einhaltung der Hausordnung	172
f) Die Hausordnung und die vermietete Eigentumswohnung	174
 C. Bauliche Veränderungen und besondere Aufwendungen – Abgrenzung zur Instand- setzung –	178
I. Grundsätzliches	178
II. Abgrenzung zur ordnungsmäßigen Instandsetzung	187
III. Der Nachteil gem. § 14 Nr. 1	204
1. Vorbemerkungen	204
2. Weitere Einzelbeispiele für grundsätzlich zustimmungsbedürftige nachteilige Maß- nahmen	206
IV. Weitere Sonderfragen	221
1. Aufteilungsplanwidrige Herstellung	221
2. Zustimmungsvorbehalt des Verwalters	224
3. Konstitutive Wirkung von Eigentümerbeschlüssen?	225
4. Sonderproblematik Rundfunk- und Fernsehversorgung	227
a) Der Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung zur gemeinschaftlichen Umrüstung	227
b) Das Grundrecht der Informationsfreiheit	228
 6. Teil. Die anteilige Lasten- und Kostentragung	
 A. Vorbemerkung	231
 B. Das Hausgeld	232
I. Begriff und Bestandteile	232
II. Kosten des Sondereigentum	233
III. Hausgeldfälligkeit und seine Einziehung	235
IV. Probleme bei Veräußerung des Wohnungseigentums/Teileigentums	243
1. Der werdende Wohnungseigentümer als Hausgeldschuldner?	243

2. Mithaft des Erwerbers für Hausgeldverbindlichkeiten des Veräußerers?	245
3. Regelungsmöglichkeiten im Veräußerungsvertrag zwischen Veräußerer und Erwerber	255
V. Die Instandhaltungsrücklage	256
VI. Sonderumlagen	260
VII. Verjährung	262
VIII. Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht	262
1. Zur Frage der Aufrechnungsmöglichkeit	263
2. Zurückbehaltungsrecht	264
C. Der Kostenverteilungsschlüssel	265
I. Die gesetzliche Lage, vereinbarte Regelungen und Abänderungsmöglichkeiten	265
II. Probleme bei leerstehenden oder unverkauften und nicht gebauten Wohnungen	272
1. Unverkaufte und leerstehende Wohnungen	272
2. Nicht gebaute Wohnungen	273
III. Besonderheiten aufgrund der Heizkostenverordnung	274
D. Folgen der Säumigkeit und gerichtliche Geltendmachung	279
I. Folgen der Säumigkeit	279
II. Gerichtliche Geltendmachung	281
E. Weitere Sonderfragen	282
I. Gesamtschuldnerische Haftung der Wohnungseigentümer gegenüber Dritten?	282
II. Regelung des Beginns der Hausgeldzahlungspflicht bei im so genannten Bauherrenmodell errichteten Eigentumswohnungsanlagen	282
III. Fertigstellungskosten als Teil der gemeinschaftlichen Kosten	283
IV. Hausgeldrückerstattungsansprüche der Wohnungseigentümer	283
V. Kosten eines Wohnungseigentumsverfahrens sind keine gemeinschaftlichen Kosten	284

7. Teil.

Die Beschlusskompetenz der Wohnungseigentümer

A. Vorbemerkung sowie die Beschlusskompetenz der Eigentümersammlung im Grundsätzlichen	285
I. Vorbemerkung	285
II. Die Beschlusskompetenz der Eigentümersammlung im Grundsätzlichen	285
1. Vereinbarungsersetzende Beschlüsse	286
2. Vereinbarungswidrige Beschlüsse	287
3. Vereinbarungsändernde Beschlüsse	287
B. Die neuen Beschlusskompetenzen im WEG	287
I. Aufhebung einer Veräußerungsbeschränkung durch Mehrheitsbeschluss, § 12 Abs. 4	287
1. Die Ordnungsmäßigkeit der Aufhebung als Voraussetzung	287
2. Die Ordnungsmäßigkeit der Aufhebung im Regelfall	288
3. Die Maßgeblichkeit der vereinbarten Stimmkraft	288
4. Die Wirksamkeit der Aufhebung ohne Grundbucheintragung	288
5. Der gutgläubige Erwerb nach Aufhebungsbeschluss	289
6. Keine Mitwirkung dinglich Berechtigter	289
7. Die Einschränkung der Veräußerungsbeschränkung	289
8. Keine Wiederaufhebung der Aufhebung durch Beschluss	289
II. Änderung des Kostenverteilungsschlüssels durch Mehrheitsbeschluss § 16 Abs. 3	289
1. Die weitreichende Beschlusskompetenz zur generellen Änderung	289
2. Die Maßgeblichkeit der vereinbarten Stimmkraft	290
3. Die Betriebskosten im Sinne des Mietrechts und die Kosten der Verwaltung	290
4. Die Heiz- und Warmwasserkosten	290

	Seite
5. Der Sonderfall Grundsteuer – umlagefähige Kosten der Instandhaltung	291
6. Die Kosten der Verwaltung	292
7. Die Kosten eines Vollwartungsvertrags	292
8. Die Ordnungsmäßigkeit des Beschlusses	292
9. Der Zweitbeschluss	293
10. Keine rückwirkende Änderung	294
11. Das Verhältnis des § 16 Abs. 3 zu § 10 Abs. 2 S. 3	294
12. Der Begriff „Änderung der Kostenverteilung“	295
III. Abweichende Kostenverteilung im Einzelfall § 16 Abs. 4	296
1. Grundsätze und historischer Hintergrund	296
2. Kosten der Instandhaltung oder Instandsetzung gemeinschaftlichen Eigentums	297
3. Die Kosten baulicher Veränderungen	297
4. Der Einzelfall	298
5. Der Gebrauchsmaßstab	299
6. Die Nachwirkungen der Einzelfallregelung	301
7. Die doppelte qualifizierte Mehrheit	301
8. Beschlussverkündung	302
9. Das Verhältnis von § 16 Abs. 4 zu § 10 Abs. 2 S. 3	302
IV. Beschlüsse in Geldangelegenheiten, § 21 Abs. 7	304
1. Fallgestaltungen	304
2. Kein Vereinbarungsvorbehalt gem. § 21 Abs. 3	304
3. Das Änderungsverbot in der Gemeinschaftsordnung	304
4. Die Beschlusszuständigkeit und die Ordnungsmäßigkeit	306
5. Beschlusskompetenz auch für generelle Regelungen	306
6. Zusammenfassung	316
V. Maßnahmen zur Modernisierung des gemeinschaftlichen Eigentums und zur Anpassung an den Stand der Technik, § 22 Abs. 2	316
1. Allgemeines	316
2. Unabdingbarkeit zugunsten der Mehrheitsmacht	317
3. Inhaltliche Vorgaben zu Modernisierungsmaßnahmen	318
4. Die Modernisierungsfälle im Einzelnen	319
5. Maßnahmen zur Anpassung an den Stand der Technik	320
6. Inhaltliche Vorgabe: Keine Änderung der Eigenart der Wohnanlage	321
7. Inhaltliche Vorgabe: Keine unbillige Beeinträchtigung von Wohnungseigentümern	321

8. Teil.
Die Wohnungseigentümersversammlung

A. Die Einberufung	323
I. Minderheitenquorum	326
II. Die Einberufung durch den Verwaltungsbeiratsvorsitzenden	328
III. Die ordnungsgemäße Einberufung	331
1. Form der Einberufung	331
2. Die Ladungsfrist	333
3. Inhalt der Ladung	334
B. Die Durchführung der Versammlung	337
I. Beschlussfähigkeit	337
II. Die Wiederholungsversammlung	343
III. Stimmrechtsfragen und Stimmrechtsausschlüsse	344
1. Stimmrechtsfragen	344
2. Stimmrechtsausschlüsse	348
a) Probleme bei Mehrhausanlagen	348
b) Der Stimmrechtsausschluss nach § 25 Abs. 5	350
c) Die rechtsmissbräuchliche Stimmrechtsausübung	355

	Seite
IV. Die Beschlussfassung	358
1. Vorbemerkung	358
2. Nichtige und fehlerhafte Beschlüsse	359
a) Beispiele für Nichtigkeit	361
b) Beispiele für anfechtbare Beschlüsse	364
3. Die Abstimmung (Beschlussfassung)	364
4. Schriftliche Beschlüsse	370
5. Beschlüsse zur Geschäftsordnung	373
V. Die Niederschrift	374
VI. Die Beschluss-Sammlung	378
1. Überblick	378
2. Wesentliche Inhalte	378
a) Wortlaut der Eigentümerbeschlüsse und Urteilsformeln	378
b) Positiv- und Negativbeschlüsse	378
c) Geschäftsordnungsbeschlüsse?	379
d) „Verkündete“ Beschlüsse	379
e) Umlaufbeschlüsse	379
f) Einzelheiten zu Urteilsformeln	379
3. Verwalterpflichten	380
4. Abdingbarkeit	380

9. Teil.
Der Verwalter und der Verwaltungsbeirat

A. Allgemeine Vorbemerkungen	383
B. Verwalterbestellung	386
I. Bestellung des Verwalters in der Teilungsurkunde	386
II. Bestellung des Verwalters durch Mehrheitsbeschluss	387
C. Der Verwaltervertrag	393
I. Vertragsnatur und Grundzüge	393
II. Zustandekommen des Vertrags	395
III. Ende des Verwaltervertrags	398
IV. Die Verwaltervergütung	401
D. Abberufung des Verwalters und Kündigung des Verwaltervertrags	407
I. Bedeutung der Unterscheidung	407
II. Rechte des abberufenen und gekündigten Verwalters	412
III. Die Amtsniederlegung	414
IV. Der wichtige Grund	415
E. Die gesetzlichen Aufgaben und Befugnisse	420
I. Aufgabe und Vertretungsmacht	420
II. Einzelfragen zu den Aufgaben und Befugnissen des § 27 Abs. 1	421
III. Sonderfragen zu § 27 Abs. 2	433
IV. Sonderfragen zu § 27 Abs. 3	439
V. Sonderfragen zu § 28 (Wirtschaftsplan, Jahresabrechnung und Entlastung)	442
F. Die Haftung des Verwalters	459
I. Die Haftung des Verwalters gegenüber der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer und den Wohnungseigentümern	459
II. Die Haftung der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer für Verwalterverschulden	467
G. Der Verwaltungsbeirat	470

10. Teil.
Das Prozessrecht

A. Überblick	477
I. Das WEG unter dem Dach der ZPO	477
1. Die Übergangsvorschrift, § 62	477
2. Die unvermeidbaren Besonderheiten	477
a) Die Bezeichnung der Parteien, § 44	477
b) Die Zustellung, § 45	478
c) Die Beiladung, § 48	480
d) Die Kostenentscheidung, § 49	481
II. Die Rechtsmittel gegen Hauptsachentscheidungen	485
1. Berufung	485
2. Revision	486
III. Die Zwangsvollstreckung	487
1. Allgemeine Grundsätze	487
2. Die Immobiliarvollstreckung	487
a) Die Zwangssicherungshypothek	487
b) Die Zwangsverwaltung	488
c) Die Zwangsversteigerung	490
IV. Die einstweilige Verfügung	493
1. Überblick	493
2. Die Regelungsverfügung – vorläufige Aussetzung einer Beschlussdurchführung –	494
a) Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund	494
aa) Verfügungsanspruch	494
bb) Verfügungsgrund	494
b) Der richtige Antragsgegner	495
B. Die Zuständigkeiten nach § 43	496
I. Örtlich und sachliche Zuständigkeit	496
II. Die Zuständigkeit nach § 43 Nr. 1	496
1. Überblick und Abgrenzung	496
a) Gemeinschaftsbezogene Streitigkeiten aus den §§ 10–29	496
b) Der rechtfähige Verband als Prozessstandschafter	497
c) Keine Zuständigkeit für Streitigkeiten aus dem sachenrechtlichen Grundverhältnis	497
d) Ein Katalog von Streitigkeiten, die nicht gem. § 43 Nr. 1 auszutragen sind	498
2. Die Fälle des § 43 Nr. 1	499
III. Die Zuständigkeit nach § 43 Nr. 2	501
IV. Die Zuständigkeit nach § 43 Nr. 3	502
1. Persönliche und sachliche Voraussetzungen	502
a) Persönliche Voraussetzungen	502
b) Sachliche Voraussetzungen	502
V. Die Zuständigkeit nach § 43 Nr. 5	503
VI. Die Zuständigkeit nach § 43 Nr. 6	504
C. Die Anfechtungsklage §§ 46, 43 Nr. 4	504
I. Die Parteien	504
1. Die Klagebefugnis	504
a) Grundsatz	504
b) Zwangsverwaltung	505
c) Bruchteilsgemeinschaft	505
d) Verwalter	506
2. Die Passivlegitimation	506
a) Die übrigen Wohnungseigentümer bei Anfechtung durch einen Miteigentümer ..	506
b) Die richtige Parteienbezeichnung	506
c) Der Parteiwechsel bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung	507

	Seite
3. Das Rechtsschutzbedürfnis	509
a) Die Vermutung des Rechtsschutzbedürfnisses	509
b) Das Rechtsschutzbedürfnis nach Vollziehung des angefochtenen Beschlusses	509
c) Das Rechtsschutzbedürfnis bei Anfechtung von Negativbeschlüssen	510
II. Die Fristen	510
1. Die Klagefrist des § 46 Abs. 1 S. 2	510
a) Die Monatsfrist	510
b) Der Anwendungsbereich der Klagefrist	510
c) Die Rückwirkungsfiktion des § 167 ZPO	511
2. Die Klagebegründungsfrist des § 46 Abs. 1 S. 2	511
III. Die Teilanfechtung	513
D. Der Streitwert	513
I. Überblick	514
1. Allgemeine Entwicklung	514
2. Die Grundregeln	514
a) Die Maßgeblichkeit des Interesses der Parteien und der etwa Beigeladenen	514
b) Der Streitwert bei bezifferten Klagen	515
c) Die Maßgeblichkeit des Interesses des Klägers oder Beklagten	515
d) Obergrenze: Verkehrswert des Wohnungseigentums des Klägers oder Beklagten ..	516
e) Der Streitwert bei wiederkehrenden Nutzungen und Leistungen gem. § 9 ZPO ..	516
II. Weitere Rechtsprechungsbeispiele	516
1. Beschlussanfechtungen	516
2. Sonstige Verfahren	517
Sachverzeichnis	519